Sozialpolitik ohne Grenzen?

Autor(en): **Wittmann, W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **105 (1987)**

Heft 10

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-76524

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sozialpolitik ohne Grenzen?

Was einmal gut gemeint und meist auch berechtigterweise begann, kann unter bestimmten Voraussetzungen auf Dauer schlecht enden. Auf diesen Weg begab sich die schweizerische Sozialpolitik bereits in den siebziger Jahren. Aber schon vorher hatte man mit dem Ausbau des Sozialstaates begonnen, ohne die langfristigen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen genügend beachtet und erforscht zu haben.

So gleicht das Vorgehen einer «Fahrt ins Blaue», denn bis heute wurde über die Grenzen der Sozialpolitik kaum diskutiert. Sie wurden vermutlich deshalb nicht beachtet, weil man nicht an Grenzen stossen wollte! Zwar ist in der Regel vom schweizerischen Sozialstaat die Rede, das Land befindet sich aber schon seit 1o bis 15 Jahren jenseits dieses Systems, nämlich im Wohlfahrtsstaat! Dieser entscheidende Wandel vollzog sich mehr oder weniger heimlich, still und leise. Er wird sich nach menschlichem Ermessen zumindest mittelfristig fortsetzen!

Die Fehlentwicklung

Spätestens zu Beginn der neunziger Jahre wird man sich zunehmend fragen, wie es der Schweiz passieren konnte, in den totalen Sog des Wohlfahrtsstaates zu gelangen. Man wird argumentieren: Wenn wir das im voraus gewusst hätten, wären bestimmte sozialpolitische Massnahmen ausgeblieben. Doch je mehr sich die Lage im Wohlfahrtsstaat – einmal gesamtwirtschaftlich nicht mehr tragbar – zugespitzt haben wird, desto weniger ist die Politik der kleinen Schritte imstande, einen Kurswechsel zu bewirken. In den letzten Jahren ist hierzulande zunehmend davon die Rede, die Zeit der grossen Würfe sei – auch in der Sozialpolitik – vorbei, es gelte pragmatisch vorzugehen. Dabei wird vergessen, dass jeder Pragmatismus, wenn er nicht in eine – weitgehend dilettantische – Prinzipienlosigkeit ausarten möchte, auf eine systemkonforme Konzeption für die ganze (Sozial-)Politik angewiesen ist.

Es ist überfällig, jene sozialen Elemente in operabler Weise zu definieren und festzulegen, welche auch zur Marktwirtschaft passen. Es ist Aufgabe der Politiker, diese dringenden Reformen weg vom Wohlfahrtsstaat durchzuführen. Solange die bequeme Kompromisspolitik fortgesetzt wird, besteht keine Aussicht auf einen Kurswechsel, ganz im Gegenteil: Die gegenwärtigen Trends werden sich zumindest mittelfristig fortsetzen. Leider sieht es so aus, der Ernst der Lage werde verkannt. Es muss wohl zu einer *Krise* kommen, bis die Einsicht in die Notwendigkeit sozial-marktwirtschaftlicher Sozialpolitik Fuss fassen kann. Allerdings ist festzuhalten, dass je länger man zuwartet, eine Umkehr auf immer noch grössere Schwierigkeiten stösst. Es wird zu wachsenden Spannungen aller Art kommen. Je rascher aber – mit kleinen Schritten wohlgemerkt – in die richtige Richtung politisiert wird, desto eher ist es möglich, das weitgehend zu vermeiden, was sich letztlich niemand ernsthaft wünscht, nämlich die Aushöhlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den Zusammenbruch jener Sozialpolitik, auf welche die Mehrheit der Einwohner dieses Landes angewiesen ist.

Soziale Erfordernisse

Zum liberalen Sozialstaat gehören unter anderem folgende Elemente: Jedermann wird existenziell gegen Wechselfälle des Lebens abgesichert, und zwar unabhängig davon, wieviele Beiträge er an die Träger der sozialen Sicherheit bezahlt hat. Darin haben auch Leistungen an jene Mitbürger Platz, die im Erwerbsleben – als Arbeitnehmer oder Selbständigerwerbende – nicht auf das Existenzminimum gekommen sind.

Darüber hinaus liegt es im Ermessen eines jeden Einzelnen, freiwillig über die minimalen Pflichtbeiträge hinaus vorzusorgen oder nicht!

Grenzen der Schutzmassnahmen

Schutzmassnahmen dürfen die Marktkräfte nicht beeinträchtigen. Sonst wirken sie sich kontraproduktiv aus. Auf Dauer wenden sie sich gegen jene, die geschützt werden sollen! Zugleich wird die Freiheit unnötig eingeschränkt. Mit Ausnahme auch der vorsorglichen Bekämpfung von Missbräuchen hat der Staat an sich in der Wirtschaft nichts zu suchen. Je mehr er auch noch die freie Preisbildung behindert, desto mehr wird er mit diesen selbstgeschaffenen Problemen konfrontiert. Das wiederum gibt Anlass, noch mehr zu intervenieren. Solche Interventionen lähmen die private Initiative, die Innovationen und (privaten) Investitionen. Die Wirtschaftstätigkeit kommt schliesslich ganz zum Erliegen. Dies kann sich indessen gerade der Steuer- und Wohlfahrtsstaat am wenigsten leisten, denn er lebt ja genau von jenen Steuersubjekten, welche die Leistungen erbringen. Just bei diesen holt er sich jene Mittel, die er grosszügig verteilt, als ob er sie selbst erarbeitet hätte!

Mit anderen Worten: Die Schweiz erbringt unnötige Sozialleistungen, die Schutzmassnahmen gehen zu weit, die Lohnprozente und die direkten Steuern sind zu hoch, und der Fiskus greift letzlich die wirtschaftliche Substanz an. Die Netto-Nachteile einer solchermassen falsch verstandenen wohlfahrtsstaatlichen Politik machen sich zunehmend bemerkbar, und als Folge wächst die Schattenwirtschaft. Noch ist sie gegenüber anderen Ländern «unterentwickelt», noch haben wir die Chance, wirksam Gegensteuer zu geben. Dies muss demnächst geschehen, sonst wandelt sich unser Wohlfahrtsstaat zu einem tragischen Schicksal!

Prof. W. Wittmann